

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Grenzgebiet sowie Österreich und Luxemburg 350.- M., für das übrige Ausland 500.- M. ...

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenspalte kostet 120.- M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 4, Lindenstraße 3, abgegeben werden. ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 292-293 Verlag: Dönhof 2506-2507

Mittwoch, den 15. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor der Neubildung des Kabinetts.

Verhandlungen beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident besprach heute vormittag mit dem Reichstagspräsidenten Löbe sowie mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokratischen Partei die Lage. Ein Auftrag zur Kabinettsbildung ist vom Reichspräsidenten bis jetzt noch nicht erteilt worden.

Die Telegraphenunion meldet:

Der Reichspräsident empfing heute morgen die Führer der verschiedenen Parteien zu einer Besprechung über die Lage. Es erschienen nacheinander der Reichstagspräsident Löbe, der Zentrumsführer Marx und andere Herren vom Zentrum, der Abg. Reich von der Bayerischen Volkspartei und die Demokraten Koch und Peterjen. In den Besprechungen stand, wie verlautet, erneut die Bildung eines Kabinetts aus führenden Persönlichkeiten ohne parlamentarische Bindung im Vordergrund. Die Hoffnung auf Bildung eines überparteilichen Kabinetts besteht also nach wie vor. In politischen Kreisen glaubt man Grund zur Annahme zu haben, daß mit der Bildung des Kabinetts eine bürgerliche Persönlichkeit betraut werden wird. Die Fraktionsführungen haben heute vormittag begonnen. Die auf 10 Uhr angesetzte Fraktionsführung des Zentrums mußte verschoben werden, da die Führer der Fraktion um diese Zeit nacheinander zum Reichspräsidenten gehen wurden. Die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei hat um 11 Uhr begonnen. Heute mittag hat Reichskanzler Dr. Brüning die Parteiführer zu sich gebeten.

Das Zentrum für Wirth.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich heute morgen mit der durch die Demission geschaffenen Lage beschäftigt und einen längeren Beschluß gefaßt, in dem gesagt wird:

Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei haben angesichts der außen- und innenpolitischen Erfordernisse die große Koalition verlangt, für die der Boden durch die vorangegangenen gemeinsamen Verhandlungen geebnet war. Die Sozialdemokratie habe aber diese politische Notgemeinschaft abgelehnt. Es sei die einmütige Auffassung des Zentrums, daß angesichts dieser innenpolitischen Entwicklung der Zentrumsfraktion keine Initiative zufalle bei der Neubildung eines Kabinetts, das nicht unter der Führung Wirth stehe. Der Beschluß betont dann weiter, daß die Zentrumsfraktion und Partei mit vollem Vertrauen zu Wirth stehe. Die letzte außenpolitische Tat der Regierung habe ja auch die volle Zustimmung nicht nur des Zentrums, sondern auch der Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten gefunden. Es sei zu bedauern, daß die Klärung der außenpolitischen Lage, die durch die neueste Note an die Reparationskommission erfolgt sei, durch innenpolitische Schwierigkeiten eine Schädigung erfahre.

Sprengung der Koalition in Preußen?

Wie die B.P.N. hören, hat der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag am Montag dem preussischen Ministerpräsidenten erklärt, daß die Fraktion für den Fall, daß im Reich die große Koalition nicht zustande komme, in Preußen die Konsequenzen ziehen will.

Die Arbeit des Reichstags unterbrochen?

Der Ältestenausschuß des Reichstags tritt heute nachmittag um 2 Uhr zusammen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob die Verhandlungen des Reichstags während der Dauer der Kabinettskrise fortgeführt werden sollen oder nicht.

Das Urteil der Presse.

Soweit die Presse die Stimmung in den bürgerlichen Parteien widerspiegelt, ist größte Verwirrung das Zeichen des Tages. Die demokratischen Blätter sind mit dem Ausgang der unnötig heraufbeschworenen Regierungskrise vollkommen unzufrieden. Die „Bosnische Zeitung“ betont, daß der bisherige Reichskanzler schon an der peinlichen Zuspitzung seines Konflikts mit Hermes nicht ganz ohne Schuld war und daß er sich jetzt „leider ganz durch eigenes Verschulden die Gefolgschaft der Sozialdemokratie verschert“ habe.

Die Führer der Sozialdemokraten haben ihm früher schon und neuerdings wieder in den letzten Wochen mehrfach auseinandergesetzt, weshalb in der augenblicklichen Situation ihrer Partei die große Koalition für sie nicht tragbar sei. Trotzdem sie

verlangen mußten, daß der parlamentarischen Form nach die Grenzen der alten Koalition gewahrt blieben, sind sie ihm in der Sache sehr weit entgegengekommen. Sie waren damit einverstanden, daß wichtige Posten im Ministerium mit Industriellen besetzt wurden. Auf der anderen Seite hatte auch die Deutsche Volkspartei für die Situation viel Verständnis gezeigt. ... Leider hat nun der Kanzler vorgestern abend plötzlich alle Gebote der Vorsicht außer acht gelassen und alles auf die Karte des Druckes der Sozialdemokratie gesetzt. In den Reihen der Parteiführer wurde gestern im Laufe des Tages bekannt, daß das Verlangen des Zentrums und der Demokraten nach Eintritt der Volkspartei in die Koalition, das in Beschlüssen festgelegt war, weniger auf die freiwillige Einschließung der Parteien, als vielmehr auf die Anregungen des Kanzlers selbst zurückzuführen gewesen ist. Es bleibe dahingestellt, ob diese Vermutung richtig ist. Bei den Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion hat jedenfalls die Verstimmung über diese Mitteilung eine wesentliche Rolle gespielt.

Die Frage, was nach dem gestürzten Kabinetts kommen werde, ist der „Bosn. Ztg.“ ebenso wenig klar wie anderen Blättern. Sie meint, daß die kleine Koalition ähnlich wie im Kabinetts Fehrenbach praktisch ausscheidet.

Volkspartei und Zentrum, noch mehr aber wohl die Demokraten, sehen zu klar, daß ohne die Arbeiterschaft im gegenwärtigen Augenblick nicht regiert werden kann. Mindestens braucht man die wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie. Und diese können ihre Führer nicht garantieren, wenn erst einmal wieder die größte deutsche Arbeiterpartei — sei es vorläufig auch nur formell — zur Opposition übergetreten ist. Die Schwierigkeiten der Sozialdemokratie für die Einwilligung in die große Koalition werden durch keinen Kanzlerwechsel im Augenblick beseitigt. Bleibt also nur die Möglichkeit, die bisherige Koalition beizubehalten und bei der Reubesetzung des Ministeriums mittelparteiliche Wirtschaftler zu berücksichtigen.

„Keine große außenpolitische Situation“, sagt die „Bosn. Ztg.“ weiter, „keine wirkliche innenpolitische Krise hat diesen Rücktritt erzwungen, der Kanzler selbst hat eine Krise heraufbeschworen, weil er einen leichten Riß in zarter Haut dauernd mit Reizmitteln behandelte.“

Das „Berliner Tageblatt“ hält der Volkspartei vor, daß sie das Parteiinteresse in den Vordergrund stellt.

Der Deutschen Volkspartei war nahegelegt worden, der Sozialdemokratie einige bestimmte Erklärungen über das Arbeitszeitgesetz (Achtstundentag) und die Stabilisierung der Mark abzugeben. Nach langem Hin und Her kam die Fraktion überein, davon abzusehen, da ihre Stellungnahme ja bekannt sei. Nicht nur habe sie an den gemeinschaftlichen Beschlüssen im zweiten Ausschuß positiv mitgearbeitet, sondern erst in diesen Tagen habe der Parteiführer Dr. Stresemann in einer Versammlung zu Ebersfeld ausdrücklich betont, daß an dem Achtstundentag als solchem nicht gerüttelt werden solle. Dieses von einem unangebrachten Prestigegeist diktierte verneinende Verhalten erschwerte ganz unnötig die Lösung der Krise und war taktisch unklug. Ebenso unklug war, was sich jetzt schwer gerächt hat, die Tatsache, daß die Volkspartei dem Reichskanzler von vornherein die Bildung des sogenannten „Persönlichkeitskabinetts“ unmöglich machte und das Parteiinteresse in den Vordergrund hob. ...

Das Blatt spricht weiter von Quertreibereien des rechten Flügels der Volkspartei, um schließlich — der demokratischen Gerechtigkeit halber — auch der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß bei ihr das Parteiinteresse gesiegt habe:

Die Sozialdemokratie hat sich nicht zu großen vaterländischen Gesichtspunkten durchringen können, hat gegen den Reichspräsidenten und gegen eine Reihe ihrer hervorragendsten Vertreter aus Besorgnis um ihre Parteiorganisation das Reich in einem Momente in einen neuen Strudel der Krise hineingerissen, da, nach Abgang der Note an die Alliierten, eine stabile Regierung und eine kompakte Parlamentsmehrheit hinter ihr die dringendste außenpolitische Notwendigkeit war. Der Verantwortung für den kommenden Winter mit all seinen wirtschaftlichen und politischen Räten hat sie sich durch die Flucht entzogen.

Diese Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie nehmen sich besonders gut aus in dem Blatte, da der Demokratischen Partei dient, die schon mehr als einmal „vor der Verantwortung aus der Regierung geflüchtet ist, um später doch wieder einzutreten!“

Im Stinnes-Dorgan, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, findet man die Vorwürfe gegen unsere Partei schon begrifflicher. Dort ist zu lesen:

An sich ist die Demission des Gesamtkabinetts ein Keimungs- und Befreiungsakt, der nach der langen Zeit dumpfer Stagnation und trostloser Stimmung die Gemüter erfrischt. Aber die Hoffnung auf etwas Neues und Besseres, auf die große Konzentration der Kräfte haben die Sozialdemokraten mit ihrer gestrigen Stellungnahme gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition niederschlagen. Die Gründe, die sie dazu geführt haben, und die Absichten, die sie nun verfolgen, sind durch die bisherigen Erklärungen der Sozialisten noch nicht genügend aufgeklärt. Wenn man nicht ein leichtfertiges taktisches Spiel annehmen will, muß man glauben, daß sie in dogmatischer Starrheit an den Einzelheiten ihres Währungsprogramms festhalten oder daß sie auf Neuwahlen hinarbeiten. Diese würden wir für verderblich im Reichsinteresse halten, doch sehen wir keinen Anlaß für die bürgerlichen Parteien, sich durch eine Drohung mit Wahlen ins Bodenhorn jagen zu lassen.

Die weitere Entwicklung der Dinge wird nach der „D.Z.“ von der Persönlichkeit abhängen, die mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird:

Ein tüchtiger Mann, der Vertrauen genießt, kann vielleicht noch eine überraschende Wandlung zum Guten herbeiführen. Bei der Reubesetzung der Ministerien wird er vor allem darauf zu sehen haben, daß die drei Hauptressorts, des Auswärtigen, der Finanzen und der Wirtschaft, mit ganzen Männern besetzt werden, die sich gegenseitig stützen und in die Hand arbeiten.

Man kann aus diesen letzten Sätzen entnehmen, wie groß die Wünsche der Volkspartei bei der Neubildung des Ministeriums sein werden. Die drei wichtigsten Ressorts wünscht sie für ihre Leute. Was übrig bleibt, mögen sich dann ihre Koalitionsgenossen teilen!

Der schwerindustrielle „Tag“ rehet den bürgerlichen Parteien gut zu, nur ja nicht etwa aufs neue es mit den Sozialdemokraten zu versuchen:

Die drei bürgerlichen Blockparteien dürfen keinen Augenblick zögern, sie sollten gerade durch eine schnelle Regierungsbildung beweisen, daß sie unter sich einig sind. Der erste Eindruck, den ein werdendes Kabinetts begleitet, ist häufig schon der entscheidende. Kommt eine Regierung schon unter allgemeiner Enttäuschung zustande, so pflegt sie unter noch größerer Enttäuschung zu enden. ... Die öffentliche Meinung dürfte in nächster Zeit weniger denn je mit der Sozialdemokratie gehen, wobei wir uns als Träger der allgemeinen politischen Stimmung nicht jene zum Anteil unfähige Masse der ewig von agitatorischen Feitschrieben hin- und hergestoßen vorstellen, sondern alle die, die zum freien Urteil und zur persönlichen Mitverantwortung aufbringen.

Das gleiche Blatt fordert, daß der Reichspräsident einen Vertreter der Deutschen Volkspartei mit der Kabinettsbildung betraut. Diese sei bisher im Verlaufe der Krise die Siegerin geblieben. Sie habe durch ihren „klaren und festen Beschluß“ das alte Kabinetts zusammenbrechen lassen. Eine Wiederholung der Regierung Fehrenbach müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Feiert der „Tag“ den Sieg der Deutschen Volkspartei, so versichert ihm gegenüber die „Deutsche Tageszeitung“, Wirth sei durch einen „Dolchstoß der Sozialdemokratie“ gestürzt. Das agrarische Organ glaubt erkannt zu haben, daß die Sozialdemokratie sich „jetzt wieder in eine Stellung als reine Klassenkampfpartei“ begeben wolle. Es hofft oder „erwartet“ doch, daß sie mit verdoppelter Kraft ihre Agitation auf die Straße verlegen werde, „und zwar zum Schaden des gesamten Staatswehens“. Ueber den gestürzten Kanzler heißt es:

Wir haben niemals die Kanzlerschaft Wirths als einen Segen für Deutschlands politische Stellung angesehen. Aber die Umstände, unter denen er fiel, zeigen erst in ganz besonders erschreckendem Maße, bis zu welchen Verhältnissen das Schicksal den Fäden gegenüber dem linksradikalen Trud uns geführt hat.

Das steht auf der ersten Seite der „Deutschen Tageszeitung“. Auf der zweiten aber beschwert sich die Redaktion darüber, daß im Reichstag die eben gestürzte Regierung Wirth nicht noch eine Regierungserklärung abgegeben habe und daß die bisherigen Koalitionsparteien einen dahingehenden Antrag der Deutschnationalen ablehnten:

Was geht es sie an, daß draußen das Volk, um dessen Schicksal es geht, in Flammen steht. Die Wahlen sind weit, und die Regierungskrise ist ein Schachergeschäft, das sich bequemlich hinter den Kassen ausschließen läßt.

Mit dem „Schachergeschäft“ fangen inzwischen die Deutschnationalen an sich zu besreunden. Die „Kreuzzeitung“ nämlich sieht heute bereits, daß nichts anderes übrig bleibt als eine Minderheitsregierung der bürgerlichen

Koalitionsparteien Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei und Demokraten. Sie versichert schon von vornherein, die Deutschenationalen würden einem rein bürgerlichen Kabinett natürlich ganz anders gegenüberstehen als der Regierung Wirth.

Wonach sich also jeder zu richten hat, der eine Regierung der Republik zu bilden unternehmen will.

Preßfestimmen aus dem Reich.

Zur Demission des Reichskanzlers bemerkt die „Königliche Volkszeitung“ (Zentrum):

„Die Politik dieses Kabinetts ist gescheitert, weil sie scheitern mußte, aber nicht der Sinn dieser Politik ist widerlegt, sondern er hat seine Rechtfertigung erfahren. Durch das ehrliche Bestreben zu erfüllen, ist der Beweis, daß Unmögliches verlangt wird, erbracht. Und so hätte die Politik dieses Kanzlers mit Bezug auf unser Verhältnis zu unseren früheren Feinden den großen Vorzug der einfachen und klaren Linie. Daß das Ende dieser Politik gekommen ist, ist wahr, und es bedurfte nicht erst des Sturzes dieses Kabinetts. Mag das neue Kabinett, dessen Geburt unter schwersten Wehen vor sich gehen wird, heißen wie auch immer: Es wird nichts anderes tun können, als das Unmöglich der Reparationsforderungen voranzustellen. Das Waisentempo mag ein anderes, der Weg aber wird der gleiche sein.“

Die „Frankfurter Zeitung“ (demokratisch) meint: „Man sollte sich jetzt entschließen, unter allen Umständen eine klare Parteilage für die neue Regierung zu schaffen, denn diese Regierung findet die allerhöchsten inneren und äußeren Verhältnisse vor. Wir können uns von einem Experiment, wie es eine neue Auflage der bis jetzt fortgeführten halben Politik sein würde, nicht viel versprechen.“

Der erste Eindruck im Ausland.

Da die Nachricht des Rücktritts der Reichsregierung naturgemäß im Ausland in noch späterer Abendstunde bekannt wurde, als in Berlin, liegen bisher nur wenige Meinungen besonders schreibsüchtiger Redaktionen vor:

Die Großkapitalisten der „Times“ für die Volkspartei

London, 15. November. (W.B.) Das Hauptinteresse der Blätter wendet sich heute in Großbritannien und Irland stattfindenden Parlamentswahlen zu. „Times“ bespricht als einziges Blatt in einem Artikel den Rücktritt des Kabinetts Wirth, der allerdings erst in späterer Nachtstunde in London bekannt wurde, und bezeichnet ihn als natürlich. Die Industriellen bildeten heute in Deutschland die stärkste Macht. Die letzten Erörterungen über die Reparationen in Berlin hätten gezeigt, daß eine Regierung, die die Vertreter der deutschen Industrie und Finanz ausschließt, keine ernstlichen Vorschläge machen und keine Verpflichtungen mit irgendwelcher Aussicht, sie durchzuführen, übernehmen könne. Die kräftigen Maßnahmen, die Deutschland brauche, wenn es seine Finanzlage seinen internationalen Verpflichtungen anpassen wollte, könnten nur durch eine starke Regierung getroffen werden. Wirth sei schwach und sein Rücktritt sei unvermeidlich gewesen. Die dadurch geschaffene Lage sei jedoch ernst. Infolge des Standes der Mark sowie des Steigens der Preise griffen die Unruhen in Deutschland um sich. Sowohl die kommunistischen wie auch die monarchistischen Extremisten seien bereit, alle Schwierigkeiten auszunutzen. Die letzte Hoffnung sei, daß die Regierungsverantwortung so bald und so schmerzlos wie möglich auf die gelegt werde, die die Sünden haben, sie zu tragen und die alle politischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen mobilisieren müßten, um eine gesunde Finanzwirtschaft herzustellen und gerechte Schulden zu bezahlen. Die Alliierten hätten seit langem die Notwendigkeit empfunden, mit dem wirklichen Deutschland zu verhandeln und nicht mit einer Schattenregierung.

Französische Preßstimmen.

Paris, 15. November. (E.B.) „Echo de Paris“ schreibt, daß mit dem Kabinett Wirth eine Regierung dahinschwand, die jeder Nacht entehrte: Bereits einige Monate, nachdem das Kabinett Wirth zur Macht gelangt war, war man überzeugt, daß es eine wahre Politik der Richtersfüllung (!) führe. Wunderlich sei es, daß das Kabinett Wirth noch so lange bei den Alliierten Glauben gefunden habe. — „Journal“ erklärt: Man müsse sich jetzt vor allem fragen, wie

das Schicksal der Note

sein werde, die die Regierung Wirth gestern der Reparationskommission zugestellt hat. — „Deure“ sagt, daß die Regierungskombination, die seit einem Jahre die Politik Deutschlands leitet, nun als endgültig zerstört angesehen wird und daß schwere Komplikationen nicht nur für die innere, sondern auch für die äußere Politik zu befürchten seien. — „Le Nouvelle“ erklärt: Die Demission des Kabinetts Wirth hat uns nicht überrascht. Die Persönlichkeit des Kanzlers gehörte nicht zu denen, die zu großen Schicksalen bestimmt sind. Im Anfang hatte das Kabinett Wirth bei der Entlastung eine gute Aufnahme gefunden, es hat aber nach und nach alle alliierten Krieger enttäuscht. Das Einzige, was man zu befürchten hat, ist, daß diejenigen, die den Sturz der Mark gewünscht haben, Herrn der Lage sind. Man verbindet sich in den demokratischen Ländern leicht zu einer negativen Operation, aber man findet sich selten mit den gleichen Freunden zusammen, wenn es sich darum handelt, zu schaffen und wieder aufzubauen. Deutschland befindet sich mitten in der Krise. Während die Rechten Parteien sich mit einander verschworen, um die abschleuesten aller Diktaturen wiederherzustellen, brechen in Köln und in Düsseldorf kommunistische Revolten aus; „Hungerrevolten“, verdammt man, aber nichtsdestoweniger Revolten. — „Echo National“ schreibt: Machen wir uns auf ernste Dinge gefaßt, sie stehen unmittelbar bevor. Die Leute in Deutschland sehen uns anderswo, besonders im Orient und vielleicht mehr als es gut wäre, beschäfftigt. Deshalb lassen sie die Reste und sprechen sich in ihrer letzten Räte für die glatte Beilegung der Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages aus. Ihre Politik besteht jetzt darin, uns zu überreden, daß wir gut daran täten, das linke Rheinufer zu räumen, bevor irgendeine Forderung erfolgt.

Was die sozialistische Presse schreibt, ist noch nicht übermittelbar.

Die durchaus berechtigte Frage nach dem weiteren Schicksal der deutschen Verschuldung beantwortet im voraus Georg Bernhard in der „Völkischen Zeitung“, indem er ausdrücklich feststellt, daß die Gedanken, die in dieser Räte niedergelegt sind, die Zustimmung sämtlicher Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei gefunden haben, und daß kein Ministerium der nächsten Monate auf eine Mehrheit im Reichstage rechnen kann, das den Inhalt dieser Räte nicht für verbindlich hält. Das ist genau unsere Uebersetzung, und die Sozialdemokratie wird jedenfalls jedes Kabinett entziehen bekämpfen, das von diesem Grundsatze irgendwie abweichen würde.

Die falsche Auskunft.

Auf die Antwort des Kapitäns J. S. Brucher, welche im Widerspruch mit den vor Bericht festgestellten Tatsachen steht, hat Genosse Künstler folgende Anfrage an den Reichswehrminister gerichtet:

In der Sitzung des Reichstags vom 14. November 1922 wurde die Anfrage Nr. 1887 unter Ziffer 2 vom Kommissar der Reichsregierung, Kapitan J. S. Brucher, Abteilungsleiter im Reichswehrministerium, wie folgt beantwortet:

Es ist festgestellt worden, daß die Wiederbel in den Vorgängen in der Marineschule am 24. und 25. Juni, die Gegenstand gerichtlicher Untersuchung waren, nicht gesungen worden sind.

Ich frage an:
1. Ist dem Herrn Reichswehrminister bekannt, daß von den Fähnrichen des Ehrhardt- und Böhmensfeld-Lied am 24. und 25. Juni doch gesungen wurde, welches durch den Zeugen Fähnrich Kupfer als Tatsache vor Gericht bestätigt und zwei anderen Zeugen als möglich bezeichnet wurde?
2. Ist der Herr Reichswehrminister gewillt, die Beamten, die ihn durch falschen Bericht zur Abgabe einer unwahren Auskunft an den Reichstag veranlaßten, zur Rechenschaft zu ziehen?

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Landbändler, war vor einiger Zeit genötigt, wegen der ungeheuren Verfeuerung des Papiers vom zweimaligen zum täglich einmaligen Erscheinen überzugehen. Seit kurzem kommt sie jedoch wieder zweimal am Tage heraus. Sie will augenscheinlich das Feld der großstädtischen kapitalistischen Presse nicht konkurrenzlos überlassen. Was vom agrarischen Standpunkt durchaus verständlich ist.

Für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich tritt eine kleine Flugchrift ein, die die Deutsche Liga für Menschenrechte jetzt dem Reichstag und den Mitgliedern der großen öffentlichen Körperschaften überreicht hat. Jedem Freunde der Völkerverständigung stehen einige Exemplare kostenlos zur Verfügung. Adresse: Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125.

Die Erdbeben-Katastrophe in Chile.

Die Erdbeben sind eine ständige Gefahr für die Bewohner von Chile, dieses schönen und gesegneten Gebietes, das Prof. Bürger in seinem kürzlich erschienenen Werk über Chile als „Land der Bekehrung und Erfüllung für deutsche Auswanderer“ bezeichnet hat. Die schreckliche Katastrophe, die jetzt die Küste des Stillen Ozeans heimgesucht hat, scheint an Furchbarkeit alle früheren zu übertreffen, oder die Chronik der Erdbeben in Chile reicht weit zurück und weist zahlreiche „schwarze Tage“ auf. Fast jeder Ort des Landes, von Loana bis Anud auf Chiloé, weiß davon zu erzählen. Die Gründe für diese ewigen Gefahren, die in der Tiefe lauern und bisweilen mit ungeheuren Kräften vernichtend hervorbrechen, sind in der vulkanischen Erdformation des Landes zu suchen. Die chilenisch-argentinischen Andenketten, junge Gesteine, die der Küste parallel ziehen, enthalten eine große Anzahl von Vulkanen, von denen der größte Teil auf das chilenische Gebiet entfällt. Einzelne Vulkane Chiles sind immer wieder in Tätigkeit, namentlich sie sich den Bewohnern höchstens dadurch feindlich erweisen, daß sie einen Wald entkommen oder eine Wiese durch einen Lavaerguß zerstören. Vulkanische Ausbrüche aber an der Küste des Stillen Ozeans werden begleitet von einem wellenförmigen Auf- und Abwogen der Erdoberfläche, aus der sich die außerordentlich zahlreichen Erdbeben erklären.

Die letzte ganz große Katastrophe, die die chilenische Küste heimsuchte, war das Erdbeben vom 16. August 1906, durch das Valparaiso zum großen Teil zerstört wurde und viele andere Orte an der Küste sowie in den hübschen Tälern Mittel-Chiles die schwersten Schäden erlitten. Der ganze Bezirk der Erdbeben wurde in einer riesigen Ausdehnung plötzlich aufwärts gestoßen. In der Hauptstadt Santiago, die damals von dem Beben verhältnismäßig wenig heimgesucht wurde, war bei Beginn der Katastrophe ein deutsches Auf- und Abwogen des Bodens zu merken, das die ungewöhnlich lange Dauer von fast fünf Minuten hatte. An das Hauptbeben schlossen sich zahlreiche Nachbeben, von denen im Laufe eines Monats 63 gezählt wurden. An fast allen Orten der Provinz Aconcagua ging dem Erdbeben ein donnerähnliches unterirdisches Rollen voraus, eine in Südamerika überhaupt nicht seltene Erscheinung, von der schon Humboldt erzählt, daß er sie oft in den Anden gehört habe. Wie diesmal, so machte sich auch damals die Bewegung durch das ganze mittlere Argentinien bis nach Buenos Aires fühlbar. Während aber das Meer diesmal seine Rerüstungswut mit der Erde vereinte, verhielt es sich damals vollkommen ruhig; nur an einzelnen Stellen der Küste erfolgten Ueberläuferungen. Im allgemeinen aber werden an der chilenischen Küste bei den Erdbeben meist auch gewaltige Flutungen des Meeres beobachtet. Solch heftige Naturkatastrophen sind gerade an dem Teil der Küste häufig, der jetzt betroffen wurde. Der Ort Conipo, dessen Zerstörung gemeldet wird, erlitt das gleiche Schicksal 1773, dann wieder 1796 und wurde 1819 in Trümmer gelegt. Der Chile ist an Erdbeben gewöhnt und sucht sich durch befestigtere Häuser zu schützen, die aus ganz leichtem Material errichtet werden.

Von großen Katastrophen wird Chile alle paar Jahrzehnte einmal heimgesucht. Jahre des Schreckens waren im vergangenen Jahr-

hundert 1822, 1835, 1837, 1868, 1877, und in diesem Jahrhundert 1906. Genau 100 Jahre nach der schweren Katastrophe von 1822 ist nun wieder ein solches Unglück eingetreten.

Ein Ehrengeheim des Reichspräsidenten für Gerhart Hauptmann. Der Reichspräsident hat Gerhart Hauptmann zu seinem heutigen 60. Geburtstag eine in Bronze gegossene Medaille überreichen lassen, zu der der Münchener Bildhauer Josef Wackerle das Modell entworfen hat. Sie zeigt auf der Vorderseite den aufstrebenden Reichsadler, auf der Rückseite die Inschrift: „Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Seher, in dessen Werk die Seele des deutschen Volkes zum Vorschein kam.“ Die Medaille, deren Durchmesser 15 Zentimeter beträgt, ruht in einem 25 Zentimeter hohen Bronzefuß.

Mit dieser Verleihung hat der Reichspräsident eine republikanische Auszeichnung geschaffen, die sich vom Ordensumzug prinzipiell unterscheidet. Sie ist nicht ein eitel Schmutz des Knopflochs, sondern ein Andenken, das dem damit Geehrten den Dank des deutschen Volkes ausdrückt. Sie wird nicht als Paradestück vor der Öffentlichkeit zur Schau getragen, sondern an der Stätte stillen Schaffens aufbewahrt. In dem Schreiben des Reichspräsidenten, das das Geschenk begleitet, wird auf diesen Sinn der Auszeichnung besonders hingewiesen.

Außer der großen Bronzemedaille, die Hauptmann erhalten hat, werden übrigens noch andere in verschiedenen Formaten und Ausführungen geschaffen werden, die dem Reichspräsidenten als Ehrengeheim für ähnliche Zwecke dienen sollen.

Gerhart Hauptmann und die russischen Schriftsteller. Auf eine Initiative des vor kurzem in Berlin organisierten Klubs der russischen Schriftsteller hin senden die in Berlin wohnenden russischen Schriftsteller eine Begrüßungsadresse an Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag. Die Adresse ist von einigen bekannten russischen Römern wie Maxim Gorki, Remisoff, Berlin, Tschirnikow und anderen unterzeichnet. In der Adresse heißt es u. a.: „Möge unsere gemeinsame Liebe zu Goethe, Tolstoj, Dostojewski und Hauptmann zu einer wahrhaften Verbindung zwischen dem deutschen und russischen Volke werden.“

Drucktes Theater: Richard II. von Shakespeare. Es war ein gesunder Theaterabend. Der Regisseur Berthold Viertel arbeitete nicht viel. Er stellte eine lockere und leuchtende Kulisse. Er wollte kein großzügiger Regisseur sein. Er macht das Selbstverständliche. Die Klugheit und die Obhut, die er aufbringen mußte, seien darum nicht unterschätzt. Allerdings spielte Alexander Woloff den König Richard: ein königlicher Komödiant, ein komödiantischer König. Findet man ihn affisch, so ist er sicher der genialste Affe. Findet man ihn herrlich, so ist seine Herrlichkeit sicher grenzenlos. Man kann gar nicht mit ihm streiten. Hat man ihn eine Zeitlang nicht gesehen, dann wird man beim Wiedersehen nicht mehr losgelassen. Die besten Schauspielerei, deren Innigkeit, deren materielle Körperlichkeit, deren abfärbende oder einschmeichelnde Stimme uns im Gedächtnis bleiben, verschwinden vor Alexander Woloff. Wenn er spielt, so ist ihm alles zu glauben. Sein

Die rheinischen Unruhen.

Die Lebensmittelunruhen in Köln wie die Streikbewegung in Düsseldorf geben der Sensationspresse wieder reichlich Nahrung. In großen Leitern wird von zahllosen Taten und Verbundenen gesprochen, die „Deutsche Zeitung“ spricht vom „kommunistischen Aufmarsch“. Das geschieht natürlich nur, um für reaktionäre Vorstöße mobil zu machen. Für die „Kölnische Zeitung“ sind die Vorgänge ein gesundes Fressen, um ihr Parteiapparat zu füttern. Ihre Meldungen werden deshalb nach berühmtem Muster so stilisiert, daß durch Falschmeldungen nur möglichst Verwirrung in die Arbeiterschaft getragen wird. Ueber die Bewegung selbst liegen uns folgende Meldungen vor.

Düsseldorf, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Nacht ist ruhig verlaufen. Gestern Abend beschloßen die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Betriebsräten, den Kampf weiter zu führen, keine Diktung aber in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Der Generalstreik wird abgelehnt, die noch in den Betrieben befindlichen Arbeiter bleiben auf ihren Arbeitsplätzen. Zur Beilegung des Streiks wird eine Kommission aus den Gewerkschaften gebildet. Heute vormittag findet die erste Sitzung dieser Kommission statt; ob die Arbeitgeber daran teilnehmen, erscheint fraglich. Der Magistrat, der Vergleichsvorschläge anstrebt, hofft, daß es gelingt, die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bringen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß es bei den gestrigen Zusammenkünften in der Turnhalle weder Tote noch durch Schüsse Verwundete gegeben hat. Die Verletzungen sind allein dadurch entstanden, daß viele Versammlungsteilnehmer bei der panischen Flucht aus dem Fenster sprangen, über Tische oder Stühle fielen und von den Nachfolgenden niedergedrückt wurden.

70 Düsseldorfer Arbeiter haben sich nach Mülheim begeben und den ergebnislosen Versuch unternommen, das Thyssen-Werk zu besetzen.

In Gilden bei Düsseldorf ist gleichfalls ein Streik ausgebrochen. Die Ruhe wurde aber nicht gestört.

Gestern Abend fanden in Essen zwischen den drei Metallarbeiterverbänden und dem Unternehmerverband Verhandlungen zur Beilegung des Streiks im rheinischen Industriegebiet statt. Es kam eine Einigung auf folgender Grundfrage zustande:

Zu den in den ersten Novemberhälfte erreichten Gesamterdiensten einen Zuschlag von 58 Proz. für alle Arbeiter über 21 Jahre; über 20 Jahre 55 Proz., über 18 Jahre 50 Proz. und unter 18 Jahren 45 Proz. Das Kindergeld wurde erhöht auf 80 M. pro Kind und Schlicht. Das Hausstandsgeld wurde auf 60 M. pro Schlicht erhöht.

Eine Funktionsversammlung, die gestern Abend in Düsseldorf tagte, lehnte darauf gegen drei Stimmen die Proklamierung des Generalstreiks ab.

Düsseldorf, 15. November. (W.B.) Heute vormittag ist eine merkliche Entspannung in der allgemeinen Lage eingetreten. In mehreren Betrieben wird wieder gearbeitet. Während der Nacht und auch während des Vormittags sind keine weiteren Außerordnungen vorgekommen; dagegen versuchten Düsseldorfer Auszubildende die Bewegung nach Mülheim zu tragen und in die Thyssen-Hütte einzudringen. Sie wurden aber von der dortigen Polizei abgewiesen. Zurzeit sind Verhandlungen zwischen den Streikenden, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern im Gange.

Krefeld, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Alle Meldungen über Lebensmittelunruhen in Krefeld sind erloschen. Hier streiken die Metallarbeiter, die sich in einer Lohnbewegung befinden. Die Bewegung verläuft durchaus normal und hat mit dem Streik in Düsseldorf nichts zu tun. Morgen beginnen Einigungsverhandlungen.

Zwei Fälle.

I. In Wiesbaden wird ein Reichsdeutscher von einem französischen Major bis aufs Blut gequält und schließlich niedergedrückt und noch getreten. Dieser Reichsdeutsche, der inzwischen gestorben ist, heißt — Cohn.

II. Ein Reichsdeutscher wird von einem ostbairischen Schriftsteller verlästet, weil er ihm die Verfälschung des (antisemitischen) Brauwerts „Die Weiben von Zion“ nachgelassen hat. Der Angeklagte beruht sich auf eine französische nationalistische Zeitschrift „La vieille France“. Dieser Reichsdeutsche heißt — Graf Reventlow.

Oehen, sein Eichen in königlicher Erstarrung, sein Zusammenstinken, wenn der Dolch getroffen hat, das letzte Öffnen der Nähten und Rippen, wenn der Tod zugreift, sein Abwehren eines Einwandes durch die beschwörenden Arme, sein Ländeln mit einer Ordenskette, sein Abwehren einer bedeutungsvollen Silbe, ja sogar sein Kettieren, alles das ist nicht zu übersehen. Spielt Woloff, dann überwindet er die Schranken des Körperlichen und des Geistigen. Man fragt sich manchmal, ob ein Mann spielt, oder ein Weib. Er ist als Komödiant mehr als alles das. Er ist, er ist nur ein ganz kostbares Geschöpf, dessen Wundernatur noch nicht ergründet wurde. Ist er wahrhaftig? Ist er verlogen? Was gleichgültig. Er ist, er ist nur.

Das Oberverwaltungsgericht und die moderne Baukunst. Die Fortschrittlichkeit, die in der modernen Architektur sich kundgibt, hat auch das preussische Oberverwaltungsgericht beschäftigt und es zu einer Entscheidung über „Verunstaltungen des Straßenbildes“ veranlaßt, die der Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lindenau in der „Deutschen Juristenzeitung“ mitteilt. Die Kurstrichtung an sich könne nicht Gegenstand der polizeilichen Wahrnehmung sein, sagt das Oberverwaltungsgericht. Aber nicht jedes Kunstwerk sei der polizeilichen Beurteilung entzogen. Abzulehnen sei die Entscheidung darüber, ob die Kurstrichtung, aus der heraus die Bemalung entstanden ist, als Kunst anzuerkennen ist oder nicht, desgleichen die Prüfung, ob das Werk Ausschlag ersten künstlerischen Strebens ist und die stärkere Betonung der Farbe im Straßenbilde der Städte zu fördern sei oder nicht. Entscheidend ist, daß nach dem Ergebnis der Befichtigung diese Bemalung an dieser Stelle die Eigenart dieses Straßenbildes beeinträchtigt. Die grellen Farben der Bemalung lenken nicht nur, wie es Zweck und Recht jeder Reklame dienenden Bemalung ist, den Blick des Beschauers auf sich, sondern beeinträchtigen das gesamte Bild der Straße. Der nicht zu bühnende Fehler liegt nicht in der Art der Bemalung an sich, sondern darin, daß sie sich an dieser Stelle über das Zulässige hinaus in einen ästhetisch verletzenden Gegenstand zu der als wünschenswert, schlicht und gleichmäßig gewollten und auch so wirkenden Umgebung setzt und dadurch die Eigenart des Straßenbildes beeinträchtigt.

Den meisten deutschen Straßenbildern, die im letzten halben Jahrhundert und namentlich während der wilhelminischen Ära entstanden sind, kann keine größere Wohltat erwiesen werden, als daß man ihre „Eigenart“ „beeinträchtigt“. Die Ausbreitung der farbigen Architektur werden keine Gerichtsentscheidungen und keine Polizeimahregeln verhindern. Sie ist — abgesehen von allem anderen — eine praktische Forderung der Zeit, die sich kostspieliges edles Baumaterial nicht leisten kann und daher zur Farbe als einem künstlerisch wirksamen und einwandfreien Ausfüllungsmittel greift. Schamach und lächerlich aber ist es, daß noch immer Juristen bei uns das Recht haben, über rein ästhetische Fragen endgültige Entscheidungen zu treffen, die in schreitendem Gegensatz zu den Urteilen aller wirklich Sachverständigen stehen.

Volksbühne G.B. Am Sonntag, den 19. November, Abends 7 1/2 Uhr findet in der Straßentheater die erste große Vortragsabend dieses Jahres statt. Mitwirkende (an Stelle des behinderten Fritz Kötner): Paul Büdt und Rose Sigismund.

Das englische Wahlrecht.

Zu den heute in ganz England und in Nordirland stattfindenden allgemeinen Wahlen zum Unterhaus sendet uns ein Parteigenosse, der lange in England gelebt hat, folgende bemerkenswerten Ausführungen über die schweren Mängel des englischen Wahlrechtes:

Das englische Wahlrecht ist nicht so fortschrittlich, als bei der so häufig gerühmten Freiheit Englands angenommen werden dürfte. Es leidet erstens an dem Mangel, daß es von dem Besitz von Wohnräumen in gewissem, wenn auch beschränktem Werte abhängig ist. Zweitens daran, daß eine Person, die Grundbesitz oder Geschäftsanteile in verschiedenen Teilen Englands besitzt, für jeden derartigen Besitz je eine Stimme abgeben kann. Diese Bestimmung ist allerdings durch ein während des Krieges erlassenes Gesetz wesentlich beschränkt worden. Die dritte Ungerechtigkeits liegt an der ungleichen Größe der Wahlkreise und insbesondere an der Benachteiligung der Unterstädte, deren Mitglieder ihre Stimmen offen abgeben und sich hierbei durch Dritte vertreten lassen können. Im übrigen ist das Wahlrecht geheim und direkt. Männer besitzen aktives und passives Wahlrecht, sobald sie großjährig geworden sind, Frauen jedoch nur nach Erreichung des dreißigsten Lebensjahres. Der Hauptmangel des englischen Wahlsystems liegt jedoch darin, daß es keine Stichwahlen gibt und derjenige Kandidat, der die ziffermäßig höchste Anzahl der Stimmen erreicht, als gewählt gilt. Dies wird besonders bei den jetzigen Wahlen sehr gegen die fortschrittlichen Parteien wirken. Während diese nämlich in sich gespalten sind — es gibt Nationalliberale (Anhänger von Lord George), Unabhängige Liberale (Nichting Aquilith-Gren), sowie die Arbeiterpartei —, stellen die Konservativen in nahezu allen Wahlkreisen nur einen Kandidaten auf. Erhält nun z. B. in einem Wahlkreise der konservative Kandidat 11 000 Stimmen, der nationalliberale 10 000, der unabhängige 10 000 und der Arbeiterpartei 10 500, so gilt trotzdem der konservative Kandidat als gewählt, wenn auch eine eventuelle Stichwahl zweifelslos dem Arbeiterpartei den Sieg gebracht haben würde. So kam es, daß bei den Wahlen im Dezember 1918 die Konservativen (Reaktionsunionisten) 381, die Nationalliberalen (Reaktionsliberale) 139, die unabhängigen Liberalen 28 und die Arbeiterpartei 59 Kandidaten durchbrachten, während die Verteilung auf Grund des bei uns geltenden Proporzsystems ungefähr Konservative 270, Nationalliberale 95, unabhängige Liberaler 85 und Arbeiterpartei 157 gelauert haben würde.

Die Orientkrise.

London, 15. November. (ZL.) Die Entenidifferenzen zur türkischen Fronte haben sich plötzlich verschärft infolge nachstehender Zusicherung Poincaré:

1. Frankreich wird sich Bruttinnien und Dastien zur Bildung einer Einheitsfront gegen die Türkei anschließen.
2. Wenn Janed Palcha nach Paris kommt, wird Poincaré mit ihm keine Einzelheiten verhandeln, so doch auch für ein französisch-türkisches Abkommen Kaufmann als Vorstation gilt.

Die Reparationsnote.

Paris, 15. November. (ZL.) Die deutsche Note über die Reparation wird erst von wenigen Zeitungen kommentiert. „Journal“ schreibt, daß diese Note die außerordentlichen und unzulässigen Forderungen des Reiches bestätigt, die der Reparationskommission in Berlin schon mündlich dargelegt worden seien. Die Note stellt die offizielle Proklamation der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands sowohl für die Bargzahlungen wie für die Sachleistungen fest. Die Reparationskommission habe einfach Deutschlands Verschulden zu proklamieren und da Deutschland dieses Verschulden selber proklamiert habe, dürfe sie nicht mehr zögern.

London, 15. November. (ZL.) Der Finanzredakteur der „Times“ schreibt: Der Plan der deutschen Regierung für Stabilisierung der Mark enthält gewisse Vorzüge, die ihm wahrscheinlich in seiner jetzigen Gestalt für die Alliierten unannehmbar machen würden. Die Vorschläge bedeuten jedoch einen sehr beträchtlichen Fortschritt gegenüber jedem anderen Schritt, der von der deutschen Regierung zur Lösung der Währungsfrage gemacht worden. Es sei die erste praktische Anstrengung Deutschlands, um die Wiederherstellung seiner Finanzen zu fördern. Nach Ansicht des Finanzredakteurs bestehen zwei Hauptinhalte gegen den Plan, erstens daß der Plan von einem Moratorium für einen festen Zeitraum von drei bis vier Jahren abhängt. Die Sachverständigen hätten mindestens zwei Jahre vorgeschlagen.

Cohnabbau in Deutschösterreich. Der Leverageindex ist abermals um 6 Proz. herabgesetzt worden, im Oktober bereits um 8 Proz.

Der Dollar steigt auf 7500.

Zunehmende Geldknappheit.

Die Aufwärtsbewegung der Mark, die sich gestern an den in- und ausländischen Börsen vollzog, hat leider durch den Rücktritt des Kabinetts Wirth eine plötzliche Unterbrechung erfahren. Bei Beginn der heutigen Börse wurde der Dollar, der gestern kaum Ansehener fand, zu Kursen zwischen 7500 und 7600 lebhaft gesucht. Die Kabinettskrise dürfte auch an den ausländischen Börsen die kaum erwartete bessere Steigerung der Mark wieder erheblich dämpfen. An den Effektenmärkten hatte man heute mit stärkeren Rückgängen gerechnet. Es zeigt sich aber, daß die großen Auslandskäufe andauern und daß auch die hiesige Spekulation sich wieder stärker engagiert. Eine bemerkenswerte Anspannung zeigt sich allerdings wieder im Geldmarkt. Es ist der Geschäftswelt kaum noch möglich, ihre Betriebskapitalien durch Bankkredite zu ergänzen. Die Situation spitzt sich in ähnlicher Weise zu, wie in den Monaten August und September. Die Zinsätze, die für Leihgeld verlangt werden, sind geradezu ungeheuerlich. So zählt man für Markdarlehen gegen Hinterlegung von Weisungen als Sicherheit bis zu 20 Proz. monatlich. Werden Eisen- und Metallvorräte verpfändet, so steigt der Zinsfuß bis zu 30 Proz. monatlich oder 1 Proz. pro Tag. Diese Zustände sind nicht zuletzt der starken Inanspruchnahme des Geldmarktes durch die Börsenspekulation zuzuschreiben. Der Weizmann ist eher mit einer weiteren Verschärfung der Situation zu rechnen.

	15. November		14. November	
	Kaufkurs (Gold-) Kurs	Verkaufkurs (Weisung-) Kurs	Kaufkurs (Gold-) Kurs	Verkaufkurs (Weisung-) Kurs
1 holländischer Gulden	2052.60	2067.40	2763.07	2776.93
1 argentinischer Papier-Peso	2713.20	2726.80	2533.60	2566.40
1 belgischer Franc	458.85	461.15	426.98	429.07
1 norwegische Krone	1871.56	1878.47	1898.72	1818.24
1 finnische Krone	1506.22	1518.78	1406.27	1418.53
1 schwedische Krone	2009.90	2020.07	1865.32	1874.68
1 finnische Mark	—	—	179.55	180.45
1 japanischer Yen	—	—	3461.52	3478.68
1 italienische Lire	843.14	844.86	839.16	840.85
1 Pfund Sterling	33595.85	33784.15	31022.50	31077.50
1 Dollar	7498.21	7553.79	7031.87	7067.63
1 französischer Franc	491.26	498.74	458.85	461.15
1 brasilianischer Milreis	—	—	622.93	627.07
1 Schweizer Franc	1863.57	1873.43	1280.26	1295.74
1 spanischer Peseta	—	—	1059.76	1065.24
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	0.57	0.63
1 tschechische Krone	—	—	222.44	223.56
1 ungarische Krone	—	—	2.84	2.86
1 bulgarischer Leva	—	—	49.87	50.18
1 jugoslawischer Dinar	—	—	111.72	112.98

Statistik auf Krücken.

In diesen Wochen, in denen der Dollar mit Siebenmeilenstiefeln läuft und die Preise des Wollens mit ihm aufsteigen, hinkt die Statistik naturgemäß auf Krücken hinterdrein. Sie kann immer nur von Gewesenem berichten, und was gestern war, ist heute schon nicht mehr. Grund genug für ehrsche Wirtschaftspolitiker, in der Aufstellung wie in der Auswertung statistischer Tabellen in dieser Zeit die größte Vorsicht obwalten zu lassen. Durch einen Zufall, durch die Anwesenheit des Vorstandes des Deutschen Städtebundes in Berlin, war es möglich, die Gewissenlosigkeit einer sattem bekannten Tendenzpresse auf diesem Gebiete einmal festzuhalten.

Beröffenlicht da das Zentralorgan des Stinnes-Kongresses, die „Deutsche Allgemeine“, am Sonntag eine Lohelle: „Haushaltskosten im Reich Stand vom 10. November“. Mit dem Mantelchen statistischer Objektivität. Kommentarlos. Den Kommentar sollst du dir, lieber Berliner, alleine machen. Sollst erkennen, wie teuer dir die städtischen Werke in Berlin Gas und elektrischen Strom liefern, wieviel billiger „man“ das anderswo kann, „man“, d. h. Verwaltungen ohne „sozialistische Mißwirtschaft“ und die drimal hochgelobte Privatindustrie. Schade nur, daß diese Statistik mit ihren Krücken — „Stand vom 10. November“ — um Wochen hinter den Tatsachen hinterherhumpelt. Doppelt schade, daß sie so schnell von authentischer Seite korrigiert werden konnte. So etwas sollte grundsätzlich verboten werden. Wobin sollen wir in Deutschland kommen, wenn man nicht mehr mit solchen kurzweiligen Statistiken parteipolitische Geschäfte machen darf!

Aber es ist nun einmal leider so: die angeführten Zahlen dieser Krückenstatistik sind nahezu samt und sonders falsch, grob falsch sogar. In Wirklichkeit sieht die Sache z. B. so aus:

Gaspreis in Berlin 41 M., in München 48 M. (statt 13 M.), in Dresden 42 M. (statt 23 M.), in Hamburg 56 M. (statt 38 M.). Elektrizitätspreis in Berlin 80 M., in München zirka 80 M. (statt 17 M.), in Dresden 100 M. (statt 55 M.), in Breslau 85 M. (statt 67 M.).

Die städtischen Werke in Berlin können sich also im Vergleich mit den Betrieben anderer Großstädte noch sehen lassen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch gleich darauf hingewiesen, daß in der jetzt wieder brennenden Frage der Gewerbesteuer gleichfalls die Statistik nur deshalb als Agitationsmittel herangezogen werden kann, weil sie auch hier mit den schnellen Nebenscheidungen der Großstädte nicht Schritt hält. Berlin braucht bekanntlich eine Erhöhung der Gewerbesteuer um rund 50 Proz. Und die allzeit Profitstürmigen laufen dagegen Sturm, weil angeblich dadurch die Gefahr einer „Abwanderung“ der Berliner Industrie in andere Großstädte heraufbeschworen würde. Wie sinnlos und wahrheitswidrig dieser Einwand ist, bewiesen die übrigen großen Industriestädte. Krefeld und Frankfurt a. M. haben beispielsweise eben ihre Gewerbesteuer um volle 100 Proz. erhöht, ebenso fast alle rheinisch-westfälischen Städte, sie erheben also durchgehend im zweiten Halbjahr das Dreifache des ersten, während Berlin erst das Doppelte fordert, sie sind schon beim 8. Steuerquartal angekommen, Berlin erst beim 6. Essen hat aber sogar schon das zehnte Quartal beschlossen und sieht sich zum Abschluß des Jahres zu weiteren Erhöhungen gezwungen. Wohin soll da die Industrie wohl abwandern? Etwa nach Städten wie Frankfurt a. d. O. oder Königsberg, die schon längst bei jenen 4000 Proz. in der höchsten Klasse angekommen sind, gegen die sich die Interessentengruppen in Berlin immer noch so wehren, als ob sie und das gesamte Gewerbe darunter zusammenbrechen müßten?

Die Zeit der billigen Agitationsmittelchen ist nach diesen Feststellungen endgültig vorbei. Darüber sollte man sich auf keiner Seite irgendwelchen Täuschungen hingeben. Die Sozialdemokratie ist im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bisher stets bereit gewesen, die Ginnahmen der Stadt bis zu dem erforderlichen Maße zu steigern, auch wenn dadurch schwere neue Lasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung gesetzt werden mußten. Sie kann es aber nicht mit ansehen, wie eine Gruppe wirtschaftlich starker Kreise den auf sie entfallenden Teil der allgemeinen Lasten abzubürden versucht. Das Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie ist unbegrenzt. Die praktische Mitarbeit aber hat eine Grenze, und diese Grenze liegt genau da, wo das Verantwortungsbewußtsein anderer aufhört.

Der verschwundene Geldsack.

Ein Reichsbanktransport bestohlen.

Das rätselhafte Verschwinden eines Geldsackes, der 10 Millionen Mark enthielt und der von einem Transport der Reichsbank abhanden gekommen ist, beschäftigt augenblicklich die Berliner Kriminalpolizei. Die Geldsendungen der Reichsbank an ihre Zweigstellen im Reich werden stets unter Aufsicht von Reichsbankbedienten durch Geldwähler und Bader in Autos verladen, die auf der Straße halten müssen, da im Reichsbankgebäude für Wagen keine Zufahrt ist.

Jeder dieser Geldsäcke enthält 10 Millionen in Zehntausendmarktscheinen. Die mehrfach kontrollierten Säcke werden aus den Vorratsräumen unter scharfer Aufsicht auf kleine Wagen geladen, bis an die Tür des Reichsbankgebäudes gefahren und dann durch eine Kette, die aus Geldwählern und Badern gebildet ist, in das Transportauto verladen. Auf dem Schöneberger Bahnhof wurde beim Ausladen das Geld der 10 Millionen Mark festgestellt. Es mußte angenommen werden, daß der Geldsack trotz der umfangreichen Kontrolle während des Beladens des Autos verschwunden ist. Die Kriminalpolizei neigt jedoch der Meinung zu, daß der Beutel noch innerhalb des Reichsbankgebäudes verschwunden ist. Nicht weniger als 19 Geldwähler und höhere Reichsbankbediente waren bei dem Transport beschäftigt. Jeder ist es unmöglich, die Nummern der verschwundenen Zehntausendmarktscheine anzugeben. Es sind nur die Nummern aller an dem betreffenden Tage ausgegebenen Zehntausendmarktscheine bekannt, von denen am Montag nicht weniger als drei Milliarden dem Verkehr übergeben wurden. Die Kriminalpolizei steht zunächst vor einem Rätsel, da beim Vergleich der Kontrollen einwandfrei festgestellt wurde, daß die Geldsäcke in der vorgeschriebenen Anzahl zur Ausgabe gelangt sind, und da es fast unmöglich erscheint, hier einen Diebstahl zu begehen, denn im Reichsbankgebäude ist auch eine Wache der Schutzpolizei untergebracht. Einer der Schupobeamten war während der Beladung des Autos zugegen. Die Angelegenheit wird von Kriminalkommissar Ritzke vom Polizeidirektorsamt Mitte bearbeitet, der auch alle Maßnahmen zur Aufklärung des Falles entgegennimmt.

Die vergifteten Brötchen.

Bei einem Bäckermeister in der Lindenstraße sind, wie wir mitteilen, Brötchen verkauft worden, die vergiftet waren. Trotz der eingeleiteten Untersuchung ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Angelegenheit zu klären. Nach dem Genuß dieser Brötchen erkrankten bekanntlich mehrere Personen, deren Befinden zum Teil jetzt noch ein sehr ernstes ist. Während man anfangs vermutete, daß das Weiz, aus dem die Brötchen hergestellt wurden, auf irgendeine Art und Weise giftig gemacht worden sei, ergab jedoch die vorgenommene chemische Untersuchung, daß das Arsen, aus dem dieses Gift handelt es sich hier, erst bei der Zubereitung des Brötchenteiges zugegeben worden ist. Da man zunächst einen Kochknecht vermutete, wurde jetzt von der Kriminalpolizei der 19jährige Bäckergehilfe Kurt W. unter dem Verdacht, die Brötchen vergiftet zu haben, verhaftet. W. war vor einiger Zeit bei dem betreffenden Bäckermeister in Stellung, wurde aber bald darauf infolge seiner Unfähigkeit entlassen. Trotzdem W. die Badstube des Meisters

nun nicht mehr zu betreten hatte, wird doch mit Bestimmtheit angenommen, daß er sich Ende voriger Woche in einem unbedenklichen Augenblick Zutritt verschafft hat, um seine Küche zu nehmen. Bei allen seinen Vernehmungen leugnet er horinädig jede Schuld, doch dürfte er vorläufig bis zur völligen Klärung der Angelegenheit in Haft bleiben.

„Auslandsbutter“.

80 Teile Margarine, 20 Teile Butter.

Wegen Nahrungsmittelverfälschung hatten sich der Futter- und Margarine-Großhändler Friedrich Prieemer und der Stadtreisende Julius Wälbe vor Gericht zu verantworten. Sie hatten „Auslands-Butterbutter“ zu ziemlich hohen Preisen verkauft. Auf eine Anzeige bei der Polizei fand eine amtliche Prüfung der Butter statt, und sie ergab, daß die „Butterbutter“ aus einem Gemisch von Butter und Margarine bestand. Die Angeklagten behaupteten, daß sie die Butter von einer Hamburger Firma bezogen hätten. Nach dem Ergebnis der chemischen Untersuchung bestand diese Butterbutter aus Margarine, die mit 20 Proz. Butter vermischt war. Im Lagerraum hatte man bei Prieemer eine Knetmaschine gefunden. Der Staatsanwalt hatte gegen jeden der Angeklagten 10 000 M. Geldstrafe beantragt. Das Gericht war aber der Meinung, daß in der jetzigen Zeit das Treiben derartiger Verfälsher von Nahrungsmitteln ein so nichtswürdiges Verbrechen sei, daß es nicht hart genug bestraft werden könne. Prieemer erhielt drei Monate Gefängnis und 5 000 M. Geldstrafe. Wälbe zwei Wochen Gefängnis und 1 000 M. Geldstrafe.

Heberfall auf ein Lebensmittelgeschäft.

Eine Bande junger Burschen drang gestern Abend kurz vor Geschäftsschluß in das Lebensmittelgeschäft von Schmidt in der Ranteuffelstraße 87 ein, ergriff dort, was sich aus den Aussagen schnell erlangen ließ und flüchtete, bevor die Schupo zur Stelle war.

Es handelt sich bei dem ganzen Vorgang um einen gewöhnlichen Raubüberfall. Im höchsten Grade unverantwortlich ist es aber, wenn ein Berliner Mitbürger höchst sensationell von „Umwänderungen in Berlin“ spricht und leichtsinnig feststellt, daß die Unruhen und Leuzerunskrawalle im Reich jetzt auch nach auf Berlin übergreifen müssen. Das ist gewissenloseste Journalistik, gegen die entschieden Front gemacht werden muß.

Diebstahl eines Teufel-Roffers.

Für 20 Millionen Devisen und Schmuckstücke erbeutete ein junges Mädchen in der Kochstraße 6. Es hatte sich dort unter dem Namen einer 21 Jahre alten Selma Vinneböfer durch eine Vermittlerin vor acht Tagen eine Stellung als Kinderfräulein verschafft und auch während der Zeit zu keinerlei Klage Veranlassung gegeben. Gestern mittag ging das Ehepaar auf kurze Zeit aus und ließ das Fräulein mit den Kindern allein in der Wohnung. Fräulein „Vinneböfer“ schickte nun die Kinder in die Hinterzimmer und blieb allein vorn in der Wohnung. Als die Kinder wieder in die vorderen Räume kamen, war sie verschwunden, und die Eltern erwiderten bei ihrer Rückkehr, daß sie einen 1,25x0,75 m großen Rohrplattenkoffer mitgenommen hatte. Dieser enthielt 2 000 Dollar, einen Brillantiring, Ringe und Kleider, alles in allem für 20 Millionen Mark. Die Kinder hatten nur wahrgenommen, daß einmal die Wohnung für aufgegangen war.

Gefängnisstrafe für einen Kohlenhändler.

Mit weichen raffinierten Mitteln in der heutigen Zeit der Teuerung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Dinge gearbeitet wird, zeigte ein Fall, der für die Berliner Hausfrauen eine gewisse Lehre sein kann. Wegen Betruges und Höchstpreisübertretung war der Kohlenhändler Wille und dessen Ehefrau angeklagt. Bei der Polizei waren mehrere Anzeigen eingelaufen, daß der Kohlenhändler Wille bei dem Verkauf von Kohlen diese niemals abwiege und auch auf besondere Verlangen sich weigere, die Kohlen zu wiegen. Ein Nachwiegen der Kohlen ergab dann die überraschende Tatsache, daß z. B. bei einer Lieferung von acht Zehnern Kohlen ein ganzer Zehner fehlte. Bei kleineren Vorkäufen von ein und zwei Zehnern fehlten mitunter 20 bis 30 Pfund. Der Staatsanwalt hielt dieses Verhalten für gemeinlich und derwerflich, da sich die Kunden des Angeklagten zumeist aus den Kreisen der kleineren Leute zusammensetzten. Er beantragte deshalb gegen Wille vier Monate Gefängnis und 5 000 M. Geldstrafe. Wegen der Ehefrau nur wegen Höchstpreisübertretung 8 000 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen den Ehefrau Wille auf zwei Monate Gefängnis und 1 000 M. Geldstrafe und gegen die Ehefrau auf 2 000 M. Geldstrafe.

Zur Unterflutung und Unterbringung von Hilfsbedürftigen in Heil- und Erholungsstätten hat der Magistrat 4 600 000 M. bewilligt. Die Heimstätte Heinersdorf soll für Unterbringung von Weisenkindern zur Verfügung gestellt werden.

Jungen gesucht! Am 10. Oktober, früh 7 1/2 Uhr, wurde an der Wandung der Neuen Schänke in die Kommandantenstraße ein Kebabfahrer überfahren. Jungen des Umkreises werden gebeten, ihre Adresse dem Beurlaubten, Paul Schulz, R. 113, Köpenickerstraße 1, umgehend mitzuteilen. Preislosten werden zurückgezahlt.

Entdeckung neuer Erdbölgern im Landkreis Harburg.

Außer den kürzlich neu entdeckten Erdbölgern in der Lüneburger Heide zwischen Hannover und Soltau sind jetzt auch im Landkreis Harburg in 350 bis 400 Meter Tiefe Erdbölgern entdeckt worden. Die Bohrungen, die Erdöl in erheblicher Menge feststellen, sind in Saldorf in nächster Nähe eines Salzhorstes niedergebracht. Dieser Umstand berechtigt zu der Erwartung, daß man bei Fortsetzung der Arbeiten auf größere Erdbölgern hofft wird.

Die Erdbebenkatastrophe in Chile. Wie aus Santiago gemeldet wird, hindern heftige Gewitterstürme und neue Erderschütterungen die Verteilung von Hilfsmitteln. Gegenwärtig wird die Zahl der Toten bei dem Erdbeben auf 1300 und die der Verletzten auf 2500 angegeben.

Die Berliner chilenische Gesandtschaft hat von ihrer Regierung eine Telegramm erhalten, nach dem die Nachrichten über die Erdbebenkatastrophe wesentlich übertrieben sind. Die Städte Santiago und Valparaiso sowie die Salpeterzone und das Industriegebiet, ferner die großen Häfen sind völlig unversehrt. Von dem Unheil betroffen sind lediglich die kleinen und dünn besiedelten Städte Coquimbo, Caldera und Copiapo.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühl, zeitweilig auffarend, jedoch überwiegend neblig oder bewölkt, bei ziemlich frühen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

92. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 93. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 94. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 95. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 96. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 97. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 98. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 99. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 100. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 101. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 102. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 103. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 104. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 105. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 106. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 107. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 108. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 109. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 110. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 111. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 112. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 113. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 114. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 115. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 116. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 117. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 118. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 119. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich. 120. Abt., Reichshh. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Ball, Kaiser-Friedrich.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lohnbewegung der Metallarbeiter.

Es wird gegenwärtig wieder einmal von den Kommunisten allerlei Unsinn inszeniert, der den Arbeitern, wenn sie darauf hereinfallen, unter Umständen schwere und unnötige Kämpfe kosten kann. Die „Rote Fahne“ schreibt zu dem Abbruch der Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie heute morgen:

Die Berliner Metallindustriellen provozieren. Sie lehnen es ab, mit den von der Arbeiterschaft gewählten und gewerkschaftlich anerkannten Verhandlungskommissionen zu verhandeln, einfach deshalb, weil sie zum Teil aus Kollegen, die im Betrieb stehen, zusammengesetzt sind. Die Metallindustriellen handeln nach einem bestimmten Plan. Genau wie Krupp-Essen und wie die Düsseldorf-Unternehmer suchen die Berliner Metallindustriellen die Arbeiter zu einem Hundstaken zu verurteilen, sie um den Ausgleich für den gesunkenen Reallohn zu betrügen. Warum wagen es heute die Berliner Metallindustriellen, sogar den Gewerkschaften vorzuschreiben, wen sie als Unterhändler schicken sollen. Weil sie auf die Kampfkraft der arbeitseigenen Gewerkschaftsführer und die Uneinigkeit der Arbeiter rechnen.

So viele Worte, so viele Unrichtigkeiten. Wir warnen die Berliner Metallarbeiter, auf diesen methodischen und gemeingefährlichen Schachmännchen hereinzufallen. Welches die Pläne der Berliner Metallindustriellen auch sein mögen, wenn etwas sie fördern kann, so sind es solche Manöver gegen die Gewerkschaft.

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Nach vor Ablauf des geltenden Lohns hat die Ortsverwaltung des Berliner Metallarbeiterverbandes neue Lohnverhandlungen beantragt, und zwar mit Rücksicht auf die ungeheure Preissteigerung. Sie bedurfte dazu keinerlei besonderer Aufforderung oder Antriebs seitens der kommunistischen Maulhelden, die den Arbeitern statt Brot alle Tage neue Parolen zu schluden geben.

Die Berliner Metallindustriellen konnten sich den Gründen der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes nicht verschließen und so fanden gestern die Verhandlungen zwischen den gewählten und gewerkschaftlich anerkannten Verhandlungskommissionen statt, aber vielmehr sie sollten stattfinden. Sie wurden verhindert, weil aus verschiedenen Betrieben Funktionärvertreter gekommen waren, die gleichfalls an den Verhandlungen teilnehmen oder wenigstens in einem Nebenraum das Ergebnis abwarten wollten. Darauf brachen die Unternehmer die Verhandlungen ab. Wie uns mitgeteilt wird, hat das Reichsarbeitsministerium die Initiative zu neuen Verhandlungen ergriffen, die in den nächsten Tagen stattfinden werden.

Das Resultat der kommunistischen Taktik, auf die scheinbar auch einige unserer Genossen hereinfielen, ist also nur die Hinausschiebung der Verhandlungen und somit der dringend notwendigen Lohnserhöhung. Wer nur oberflächlich in den Gang solcher Verhandlungen eingeweiht ist, der weiß, daß diese nur geführt werden können von einer beschränkten Zahl von den Organisationen dazu wegen ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten bestimmten Personen. Der weiß auch, daß das Ergebnis der Verhandlungen sofort den Mitgliedern bekannt gegeben wird und daß dann diese selbst über deren Annahme oder Ablehnung entscheiden. Wer anders verfahren will, der will die Dinge nur verfahren, zum Schaden der Arbeiter selbst.

Die Eisenbahner gegen den Betriebsräterummel.

Die am 14. November 1922 stattgefundene Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm mit großer Mehrheit folgende Entschliessung gegen den kommunistischen Betriebsräterummel an:

Oegenüber den Bestrebungen, für einen kommunistischen Betriebsräterummel unter den Mitgliedern der Ortsgruppe Mittel zu sammeln und Delegierte zu wählen, erklärt die Generalversammlung, daß sie diese angeblich zur Bekämpfung der Leuerung, in Wirklichkeit aber für die kommunistische Agitation und gegen die Gewerkschaften eingeleitete Bewegung auf das entschiedenste verurteilt. Nach geltendem Recht sind die Betriebsräte als die wichtigsten Vertrauensleute der Gewerkschaften berufen, durch ihre Beratung und Mitwirkung die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu heben und auf Grund der bestehenden tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen die besonderen Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die wirtschaftliche Kampforganisation der Arbeiter sind die Gewerkschaften. Ihre Aufgabe ist es, den Kampf gegen die Leuerung für ein existenzmögliches Eintommen zu führen. Wer gegen sie oder über sie hinweg in unterförmiger Weise in einen Kampf eingreift, ist ein Feind der Gewerkschaften und muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Generalversammlung fordert demgemäß die gesamte Mitgliedschaft auf, allen Versuchen, die von der kommunistischen Zentrale angewiesenen Parolen in den Betrieben und Versammlungen zur Durchführung zu bringen, schärfstens entgegenzutreten. Die gegenwärtige Zeit duldet keine Kräftezerpflünderung; Einigkeit ist das Gebot der Stunde.

Lohnbewegung der Bauaufschläger.

In einer Versammlung der Bauaufschläger, die am Dienstag im Lokal Dresdenstr. 116 stattfand, berichtete Branchenvorstand Lange über den Verlauf des letzten Streiks, der schon nach einwöchiger Dauer beendet werden konnte. Die Forderungen der Kollegen wurden bis auf eine unbedeutende Differenz bewilligt, und dieser geringfügigen Differenz wegen den Streik weiterzuführen, glaubte die Zeitung nicht verantworten zu können.

Die Versammlung erkannte einstimmig an, daß die Branchenkommission richtig gehandelt habe. Anschließend legte der Redner

den Kollegen dringend ans Herz, die Arbeiterpresse zu lesen, um stets über ihre eigenen Interessen informiert zu sein. Wenigstens müsse jeder Kollege sich während der Lohnbewegung eine Arbeiterzeitung beschaffen.

Ueber die Lehren der letzten Lohnbewegung hielt Gronow, Mitglied der Branchenleitung, einen längeren Vortrag. In seinen Ausführungen wies er besonders darauf hin, daß viele Kollegen über die Streiklage schlecht unterrichtet waren, weil sie nicht den „Vorwärts“ gelesen hatten. Redner trat ferner für zeitgemäße Beiträge ein, damit die Organisation auch etwas leisten könne. Hierauf wurden die Lohnforderungen für die zweite Novemberhälfte aufgestellt. Es soll ein Zuschlag von 120 Mark auf den Stundenlohn von 162 Mark und auf den Akkord, der heute das 180fache des Lohns vom Jahre 1912 beträgt, ein 137facher Zuschlag verlangt werden.

Schließlich wurde noch einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Branchenleitung aufgefordert wird, energisch für die Durchsetzung dieser Forderungen zu wirken.

Einigung in der Marmor- und Mafaster-Industrie.

Die in dieser Industrie Beschäftigten, dem Holzarbeiterverband angehörigen Arbeiter waren am Dienstag zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern zu nehmen. Ueber den Verlauf der Verhandlung wurde von J. W. K. Vertreter des Holzarbeiterverbandes, berichtet. Die Arbeitgeber erkannten an, daß eine Lohnserhöhung angesichts der riesigen Leuerung berechtigt erscheine, aber die geschäftliche Lage der Industrie gestatte ihnen zurzeit nicht, die Produktion mit höheren Unkosten zu belasten, zumal man alle Rohmaterialien zu fast unerwünschten Preisen beschaffen müsse. Sie wären aber bereit, von den geforderten 25 Proz. auf die bestehenden Löhne (der Spitzenlohn ist 200 M.) ab 17. bis 23. November 10 Proz. und vom 24. bis 30. November 15 Proz. zu bewilligen. Nach einer kurzen Aussprache, in der die Unzulänglichkeit der Bewilligung hervorgehoben und andererseits erklärt wurde, daß man den Frieden im Gewerbe möglichst aufrechterhalten möchte, stimmte die Versammlung der Annahme des vorgeschlagenen Ergebnisses zu.

Die Lohnunterschiede im Gastwirtsgerwerb beigelegt.

Nachdem die Arbeitnehmer den Schiedsspruch über die Novemberlöhne abgelehnt hatten, traten am 11. November die Tarifparteien zu neuerlichen Verhandlungen zusammen. Bei diesen Verhandlungen wurde über die strittigen Punkte eine Einigung erzielt, so daß nunmehr das Lohnabkommen für November als endgültig abgeschlossen ist. Die vereinbarten Löhne betragen für die Köche 12.000—17.000 M. pro Monat (Garamitellohn), für die Köche 4725—5700 M. pro Woche. Die Löhne des ungelerten männlichen Personals schwanken zwischen 3050 und 4900 M., die des weiblichen Personals zwischen 2650 und 4000 M. Neue Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant und Café-Angestellten, Eilasserstraße 88/88, zu haben.

Antikriegsmarken der Gewerkschaftsinternationale.

In den nächsten Wochen werden an den Orien, wo die organisierte Arbeiterschaft zu verkehren pflegt, große Plakate ausgehängt werden, auf denen ein Arbeiter abgebildet ist, der seine Familie gegen den anstürmenden Tod schützt. Dieses von dem französischen Künstler E. Steinen entworfene Plakat soll die Arbeiterschaft auf den Antikriegsfonds des Internationalen Gewerkschaftsbundes aufmerksam machen, aus dem die Kosten bestritten werden sollen, die die Antikriegspropaganda des Internationalen Gewerkschaftsbundes verursacht. Zur Speisung des Antikriegsfonds gibt der I. G. B.

Antikriegsmarken

heraus. In Deutschland beträgt der Wert der Marken 5 M. für männliche und 3 M. für weibliche und jugendliche Gewerkschaftsmitglieder.

Die erste Million dieser Marken im Werte von 300 000 holländischen Gulden ist im Laufe des Olober zur Verfügung gekommen. In Deutschland werden die Marken durch die Gewerkschaften vertrieben.

Wir fordern unsere Leser auf, sich so schnell wie möglich in den Besitz einer solchen Marke zu setzen und sie zu diesem Zwecke dort zu fordern, wo sie ihre Gewerkschaftsbeiträge entrichten.

„Gerächter des Koalitionsrechts.“

Zu der in Nummer 536 des „Vorwärts“ mit dieser Ueberschrift erschienenen Notiz sendet uns die Firma E. Leon, G. m. b. H. eine Berichtigung, die 14 Unterschriften der Arbeiterinnen mit aufweist. Die Entlassung von zwei Arbeiterinnen oder Damen, wie die Arbeiterinnen der Firma in dem Schreiben durchweg bezeichnet werden, sei nicht erfolgt, weil sie einem Verband angehörten, sondern deshalb, weil sie ihre Mitarbeiterinnen zwingen wollten, ebenfalls der Organisation beizutreten, und zwar durch Drohungen. Tagtäglich hätten sie während der Arbeitszeit den anderen Damen zugehört, bis diese etwa 10 an der Zahl im Bureau darüber Beschwerde geführt hätten. Da einzelne Damen sich nach Arbeitslohn nicht mehr allein auf die Straße gewagt hätten, aus Furcht, verprügelt zu werden, habe die Firma sich veranlaßt gesehen, die für die Organisation eintretenden Damen zur Rede zu stellen. Dem Herrn L. seien dann freche Antworten gegeben worden, wie „schöne-licher Bengel, will uns Moral lehren“, worauf die beiden unter Zahlung des Lohnes für die Zeit der gesetzlichen, 14tägigen Ründigungsfrist, entlassen worden seien. Der Lohn betrage nicht 1500 M., sondern das Doppelte, wobei zu berücksichtigen sei, daß die meisten der Damen ungelern in diesem Betrieb sind. Der veröffentlichte Revers sei direkt aus der Luft gegriffen. Der wirkliche Revers habe folgenden Wortlaut:

„Unterschiedete Beschäftigten hierdurch, für das kunstgewerbliche Meier der Firma Kunstwerkstätte E. Leon G. m. b. H. ohne gegenseitige Ründigung engagiert zu sein, so daß sowohl auf Wunsch des Arbeitgebers wie auch des Arbeitnehmers das Arbeitsverhältnis täglich gelöst werden kann.“ Soweit die Berichtigung.

Abgesehen von der Angabe, daß in einem kunstgewerblichen Meier meist ungelernie Arbeiterkräfte in dem Betriebe beschäftigt werden, scheint es uns fraglich, ob das von uns veröffentlichte Schriftstück so ganz aus der Luft gegriffen sei. Sollte es sich nur um einen Entwurf gehandelt haben, um eine Fassung, die nachträglich durch eine einwandfreiere ersetzt wurde, durch den Revers, der von unseren Damen unterschrieben wurde, dann wäre die Angelegenheit in diesem Punkte geklärt. Wir werden versuchen, hierüber Klarheit zu schaffen.

Bedauerlich bleibt, daß Arbeiterinnen oder Damen vor ihrer Organisation beim Arbeitgeber „Schutz“ suchen, anstatt in ihrer Organisation den nötigen Schutz zu suchen, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten.

Neue Löhne im Chemikalien-Großhandel. Für die gewerblichen Arbeitnehmer im Chemikalien-Großhandel sind für den Monat November neue Lohnsätze vereinbart. Die prozentualen Lohnzulagen betragen 70 Proz. pro Woche. Gebrochene Tarife sind gegen Mitgliedsausweis im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, E. D. 16, Engelstraße 24/25, Zimmer 31, erhältlich.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Für die in der Etuis- und Kartonnagenbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen tritt der am 29. Oktober vereinbarte Lohnsatz, welcher ab 17. November nach diesem Abschluß gelten sollte, schon mit Wirkung ab 10. November in Kraft. Es sind also diese Lohnsätze bereits in dieser Woche in Rechnung zu stellen. Die Branchenleitung.

Deutscher Holzarbeiterverband, Vermittlungsstelle Berlin, Mühlentischweg 14, am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Reichsbannerhof, Reichsbannerstraße 147, Vertrauensmännerversammlung. Jeder Bericht muß rechtzeitig sein. Tagesordnung: „Unsere Forderungen“. Die Branchenleitung.

Wirtschaft

Verschlebung im amerikanischen Außenhandel. Wie die neuerlich verspätet erscheinenden Statistiken des Handelsdepartements über den amerikanischen Außenhandel erkennen lassen, werden für den Außenhandel der Vereinigten Staaten an Stelle von Europa die asiatischen Länder und die benachbarten Staaten immer wichtigeres Abgabebiet. In den drei Jahren vor dem Kriege gingen 61 Proz. der amerikanischen Ausfuhr nach europäischen Ländern, der Höchststand war im Rechnungsjahr 1914/15 erreicht, als Europa (noch dazu unter fast gänzlichem Ausschluß der Mittel-mächte) 71 Proz. der Gesamtsumme Amerikas erhielt; seitdem ist dieser Anteil ständig zurückgegangen und zwar bis auf 55,7 Proz. im Rechnungsjahr 1921/22. Der amerikanische Absatz nach Canada, Mexiko, Cuba, der während der Kriegszeit zurückgegangen war, hat im August dieses Jahres den Umfang von vor dem Kriege wiedergewonnen und dürfte diesen bald überschritten haben. Der Handel mit Südamerika, der vor dem Kriege durchschnittlich 5,4 Proz. des gesamten Außenhandels ausmachte, ist allmählich auf 6,4 Proz. angestiegen. Die stärksten Fortschritte aber macht der amerikanische Außenhandel auf den Märkten jenseits des Stillen Ozeans.

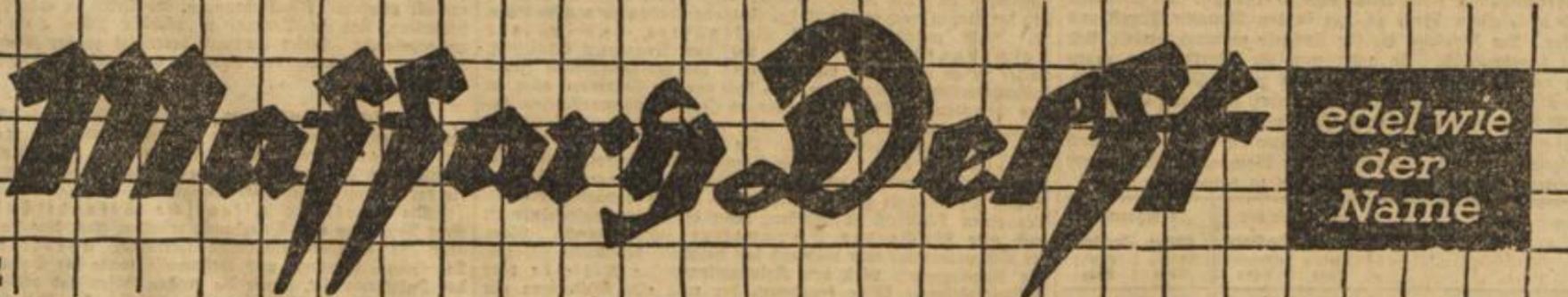
Kapitalverdoppelung der Commerz- und Privat-Bank. In der Aufsichtsratsitzung der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft beschloß man mit Rücksicht auf die allgemeine Geldentwertung und zum Zwecke der Uebernahme einiger Provinzialbanken, denen bisher die Bank durch Aktienbesitz bereits nahe stand, einer außerordentlichen Generalversammlung die Verdoppelung des Aktienkapitals von 350 Millionen auf 700 Millionen Mark vorzuschlagen. Gleichzeitig soll eine weitere Erhöhung um 100 Millionen Mark durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit beschränkter Dividende und fünfjährigem Stimmrecht, das auf die im Gesetz besonders vorgesehenen Fälle beschränkt ist, erfolgen.

Arbeitersport.

Ein Musterwetturnen.

Die der Arbeiterschaft wohlbekannte Freie Turnerschaft Groß-Berlin veranstaltet am Freitag, dem 22. November, in der größten Turnhalle Berlins, Prinzessstr. 70, nachmittags 2 bis 5 Uhr, ein großes Musterriegen-Wetturnen. Während beim Einzelwetturnen jeder für seine Person das Beste herauszuholen sucht, kämpfen hier eine große Anzahl Riegen gegeneinander um die Palme des Sieges. Beim Geräteturnen werden die Geräte Barren, Reck und Pferd überwiegen. In Konkurrenz treten aber auch die neuartigen Freilübungen mit ohne Handgeräte, bei denen alle Teile des Körpers systematisch durchgearbeitet werden, und die durch den Gleichakt der Bewegungen ein harmonisches Bild bieten. Die Turnerinnen werden außer dem Geräteturnen auch die rhythmische Gymnastik zur Darstellung bringen. Zwischendurch kommt der Sport durch Staffelläufe zur Geltung, um das Programm möglichst vielseitig zu gestalten. Für alle Freunde des Turnens wird diese Agitationsveranstaltung einige genußreiche Stunden bieten. Eintrittskarten sind bei den Mitgliedern des Vereins sowie am Eingang der Turnhalle zu haben.

Verantwortlich für den rebell. Teil: Walter Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3



Zahngebisse
auch zerbrochene, enorme Preise.
Zahnlaboratorium Linienstr. 199
A. Jochims, u. Ewaldstr. 11. Kofu Laden, vers. III.

Perser-Teppiche
Klaviere, Flügel
100 Mark abwärts.
Barkel
Juchauerer Str. 54
siehe Zeit. Frankf. Allg.

Mantelstoffe
marino Cheviot, schwere Anzugware,
sehr preisw. Trikotas, für Damen Herren
u. Kinder. Neuheiten in Damen-Poliz!
Killa Dehm, Neukölln,
Nicolietstr. 9, Nähe Richardplatz.
Telephon: Amt Neukölln 409.
Reelle höchste Bezahlung für
Zahngebisse
auch zerbrochene.
Gold-Silber-Platin-
Wurzelsammel.
Kleins Frankfurter Str. 1
J. Min. vom Alexanderplatz.

Metzner
Kinderwagen & Wägelchen
Andreasstr. 23
am Platz
Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67
Leipzigerstr. 54
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlothenstr. 24

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
Altmetalle kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Bf. Frankf. Allee
Fahrgeidvergütung
Ordnung: Absatzgebiet für Händler
Glantz von Brillanten
Berlin, Charlottenb., Berlin, Goltz- und
Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe,
Schapiro, Neue Königstr. 12a, im Soban.

Pelz-Kaus
asuco
Leipziger Str. 58
Zahlungsverkehr
Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2
Korrespondenz
Korrespondenz
Selden, Samt,
sämtliche Futterstoffe
besonders guter Preis

Zahngelbisse
Gold-, Silber-, Platin-
zerbroch. Gussalloye ganzes Gebiss
kaut und zahlt höchste Tagespreise
Barbeine Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2 v. 1. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
Kopenhagener Str. 9 (Laden)
2 Min. v. Bahn, Schönhauser Allee
Guter Nebenverdienst.
Männer u. Frauen für den Verkauf
von Zeitungen abends gesucht. 60/150
Zahngelbisse (L.L.) L.A. Zimmerstraße 31